

Sollte eine sechswöchige bezahlte Pflegezeit eingeführt werden?

Die Bundesregierung will es Berufstätigen erleichtern, pflegebedürftige Angehörige zu Hause zu betreuen. Über die Ausgestaltung wird debattiert.

Ja!

„Die Pflege geht zu Lasten der Frauen.“



Kathrin Senger-Schäfer, Bundestagsabgeordnete der Linken, pflegepolitische Sprecherin der Fraktion

Das Pflegezeitkonzept der Fraktion Die Linke wird einer modernen Geschlechterpolitik, dem Wandel des traditionellen Familienbildes und den Veränderungen der Arbeitswelt gerecht.

Ziel ist eine sechswöchige bezahlte Pflegezeit für Erwerbstätige zur Organisation der Pflege und der ersten pflegerischen Versorgung von Angehörigen.

Beschäftigte erhalten beitragsfinanzierte Lohnersatzleistungen in Höhe des Arbeitslosengelds I bei vollem Kündigungsschutz.

Berücksichtigt wird die abnehmende Fähigkeit oder Bereitschaft, Angehörige im familiären Umfeld zu pflegen. Denn immer mehr Menschen leben allein, die Erwerbstätigkeit von Frauen nimmt zu und die Arbeitswelt erfordert eine stärkere Flexibilität

der Menschen. Der klassische Mehrgenerationenhaushalt ist nur noch selten anzutreffen.

Das Pflegerisiko darf nicht länger auf Kosten von Frauen privatisiert werden, die in erster Linie die häusliche Pflege von Angehörigen übernehmen. Dafür geben sie ihre Erwerbsarbeit auf, denn Pflege und Berufstätigkeit lassen sich kaum vereinbaren. Hinzu kommt oft die Kinderbetreuung. Vor allem Frauen tragen als »Sandwichgeneration« die Doppellast von Kinderbetreuung und Pflege.

Indem gleichzeitig die Leistungen der Pflegeversicherung deutlich angehoben werden, können pflegebedürftige Menschen in größerem Maße auf professionelle Pflege zurückgreifen.

Angehörige werden so entlastet und können weiter erwerbstätig bleiben. Damit Berufe in dieser Branche attraktiver werden, muss diese Arbeit gesellschaftlich und finanziell aufgewertet werden.

Eine aktuelle Studie belegt: Mit der solidarischen Bürgerinnen- und Bürgerversicherung der Linken ergibt sich Spielraum, die notwendigen Leistungsverbesserungen für von Pflege Betroffene, pflegenden Angehörige und Pflegekräfte zu finanzieren.

Nein!

„Viele Unternehmen wären überfordert.“



Christine Aschenberg-Duganus, FDP-Bundestagsabgeordnete, pflegepolitische Sprecherin der Fraktion

Seit langem setzen wir uns dafür ein, die Pflege zuhause zu erleichtern. Die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf macht es notwendig, auch das Verhältnis von Pflege und Beruf zu verbessern. Für unser Gesellschaftsbild ist es selbstverständlich, dass pflegebedürftige Menschen so lange wie möglich im Kreis der Familie betreut werden können.

Einen Anspruch auf unbezahlte Pflegezeit gibt es bereits. Hinzu kommt regelmäßig der Ruf nach einer bezahlten Pflegezeit für Angestellte. Abgesehen von der schwierigen Finanzierung eines solchen Modells ginge eine Verpflichtung zur Gewährung einer bezahlten Pflegezeit einseitig zulasten vieler Arbeitgeber. Denn gerade kleine Unternehmen wä-

ren mit diesem Rechtsanspruch überfordert – sie können nicht so einfach auf ihre Arbeitnehmer verzichten. Nicht zuletzt deshalb kommt auch von den Unternehmensverbänden das Angebot zu freiwilligen, flexiblen Vereinbarungen mit der Arbeitnehmerschaft.

Dieser Ansatz ist aus unserer Sicht richtig. Wir brauchen flexible Lösungen, die allen Beteiligten, aber insbesondere auch den Pflegenden, gerecht werden. Jeder Angehörige sollte seine Pflegezeit mit seinem Beruf vereinbaren können. Theoretisch mag vieles funktionieren, wichtig ist aber die alltägliche Praxis – und da dürfen verpflichtende Regelungen nicht zu beruflichen Nachteilen führen.

Wir benötigen keine weiteren Pflichten, sondern Lösungen, die den Bedürfnissen aller gerecht werden. Das sind neben individuellen Vereinbarungen mit den Unternehmen insbesondere auch neue Wahlfreiheiten im Pflegeversicherungsrecht.

Wir wollen erreichen, dass Pflegebedürftige und ihre Angehörigen die für sie wichtigen Hilfen individuell auswählen können. Auf diese Weise kann die Situation in den Pflegehaushalten erheblich verbessert werden.